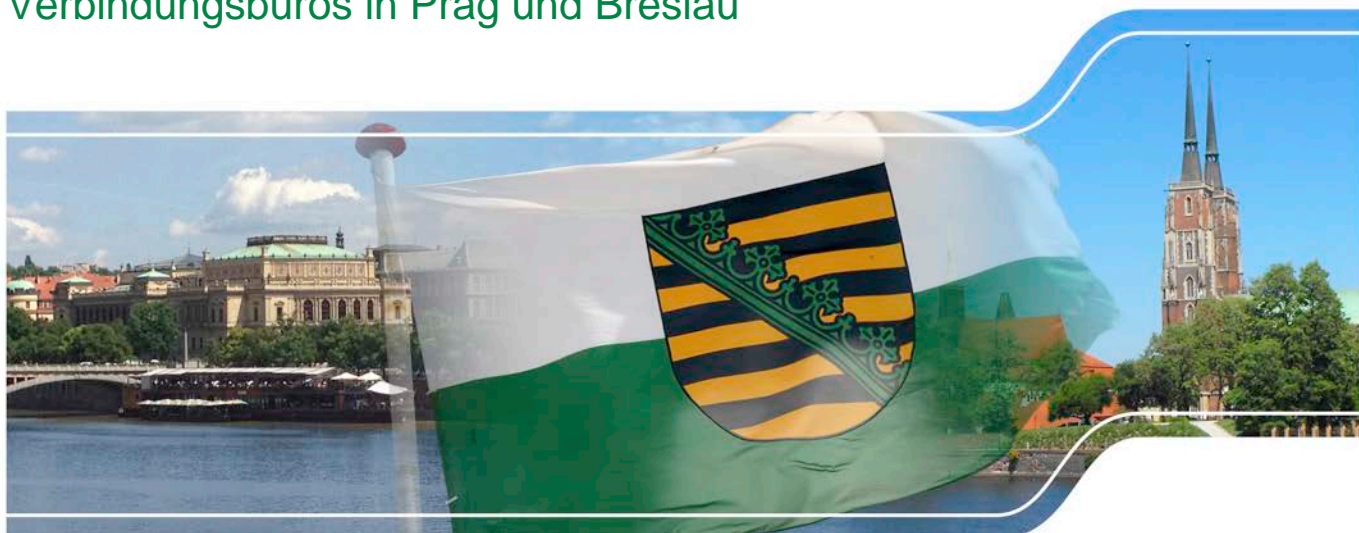


Informationen

aus den Nachbarländern und den
Verbindungsbüros in Prag und Breslau



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Prag..... 2

Tschechische Republik..... 2
Deutsch-Tschechische Beziehungen 6

Aktuelle Projekte im Verbindungsbüro 7

Veranstaltungen - Rückblick 9

Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau 10

Republik Polen..... 10
Deutsch-Polnische Beziehungen 14
Wojewodschaft Oppeln 15
Wojewodschaft Niederschlesien..... 16

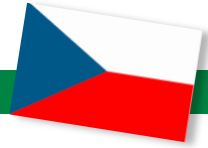
Aktuelle Projekte im Verbindungsbüro 17

Veranstaltungen - Rückblick 18

Wir sind für Sie da 19



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Prag



Tschechische Republik

Ticker

Zweite Runde der Teilwahlen zum Senat am Freitag und Samstag: Konservative Opposition siegt bei Teilwahlen zum Senat

Bei der Teilwahl zu einem Drittel der Sitze im Senat gingen von den 27 zu vergebenden Sitzen zehn an die Bürgerdemokraten (ODS), fünf an die Bürgermeisterpartei STAN und eine an die Christdemokraten (KDU- ČSL). Über die meisten neuen Senatoren wurde erst bei einer Stichwahl am Freitag und Samstag entschieden, wobei die Wahlbeteiligung mit knapp 16,5 Prozent sehr niedrig lag. (alle Medien, 15.10.2018)

Ergebnisse der Kommunal- und Senatswahlen am 5./6. Oktober 2018

Kommunalwahlen: ANO siegt in Großstädten und verliert Prag ANO auf der Spitze, ČSSD am Boden

Bei den Kommunalwahlen haben unabhängige Gruppierungen und Kandidaten erwartungsgemäß die meisten Sitze in den Stadt- und Gemeindevertretungen gewonnen: Unabhängige Kandidaten erhielten 18,04%, darauf folgte ANO mit 14,68%, ODS 10,68%, Piratenpartei 7,30%, ČSSD 5,28%, KSČM 4,94% und Bürgermeister zusammen mit der TOP09 4,59%. Die ČSSD, der Juniorpartner in der Regierung, musste herbe Verluste in ganz Tschechien hinnehmen. Die Wahlbeteiligung mit 47,34% war in den Kommunalwahlen leicht höher als in den Kommunalwahlen zuvor. ANO hat bei der Kommunalwahl in den meisten Großstädten klar dominiert. Eine Ausnahme bildet Prag, wo die Partei ihre stärkste Position verloren hat (ODS 17,8% (14 Mandate), Piratenpartei 17% (13), Prag für sich 16,6% (13), Bündnis von TOP09 und STAN 16,3% (13), ANO 15,4% (12). Jetzt wird eine Koalition ohne die ODS und ANO verhandelt. (Radio Prag, alle Zeitungen 8.10.2018)

Senatswahlen: Zwei Kandidaten erhalten absolute Mehrheit

In der Wahl zur oberen Kammer des cze. Parlaments gelang es zwei Kandidaten, die absolute Mehrheit in der ersten Wahlrunde zu erringen. Es sind Zemans Gegenkandidat in der Präsidentenwahl Jiří Drahoš (52,65%) und der Christdemokrat Jiří Čunek (51,59%). In weiteren Wahlbezirken kommen jeweils die beiden stärksten Kandidaten in eine Stichwahl. Und hier liegen die Bürgerdemokraten mit 11 Kandidaten knapp vor den ANO, die 10 Leute in die zweite Runde schicken. Die Sozialdemokraten hatten dreizehn Senatsmandate zu verteidigen, sie kamen aber nur in fünf Wahlbezirken in die zweite Runde. Die Wahlbeteiligung bei der Senatswahl lag bei knapp 42 %. (Radio Prag, alle Zeitungen, 8.10.2018)

Arbeitslosigkeit in Tschechien stagniert im August bei 3,1 %

Schlusslichter sind die Kreise Ústí nad Labem / Aussig und Mährisch-Schlesien mit jeweils 4,7 %. (Radio Prag, 11.09.2018)

Ministerium für Arbeit und Soziales: Durchschnittsrente steigt 2019 auf über CZK 13.200

(ca. 530 €, Tschechien am Morgen, 11.09.2018)

Durchschnittslohn in Tschechien steigt auf über 1.200 Euro

Dies teilte das Tschechische Statistikamt (ČSÚ) mit. Ein Wert gibt indes Anlass zum Nachdenken: Die Bezahlung von etwa zwei Drittel der Arbeitnehmer liegt unter dem Durchschnittslohn. (alle Medien, 06.09.2018)



Agentur Fitch Ratings stuft Bonität Tschechiens auf AA- hoch

Die internationale Rating-Agentur Fitch Ratings hat die Bonität der Tschechischen Republik von der Bewertungsstufe A+ auf AA- erhöht. Die Prognose wurde aufgrund verbesserter Ratings von positiv auf stabil geändert. (Radio Prag, E15, 06.08.2018)

Politik und Gesellschaft

Babiš: Präsident Zeman wird Petříček zum Außenminister ernennen

StP Zeman empfängt am Donnerstag den Sozialdemokraten Tomáš Petříček, der für das Amt des Außenministers vorgeschlagen wurde. Er gehe davon aus, dass das Staatsoberhaupt Petříček zu Ende nächster Woche zum Ressortchef der Außenpolitik ernenne, sagte Premier Babiš am Dienstagabend vor Journalisten. Zuvor hatte sich Babiš zum regelmäßigen Gespräch mit Zeman auf Schloss Lány getroffen und die Kandidatur von Petříček empfohlen. Der Präsident hatte bereits vergangene Woche erklärt, dass Petříček für die politische Funktion ausreichend gut qualifiziert sei. (Radio Prag, 4.10.2018)

Babiš verliert Schlüsselexperten für die EU. Diplomaten fragen sich, wie sich dies auf das Verhalten Tschechiens auswirken wird

Die drei engsten Mitarbeiter in EU-Angelegenheiten von PM Babiš werden in Kürze das Regierungsamt verlassen. Rücktritte haben der Staatssekretär für EU-Angelegenheiten Chmelař und seine zwei Mitarbeiter angekündigt: Jan Král, der Direktor für EU-Politik und Referatsleiter Marek Souček, der für die Wirtschafts- und Außenpolitik, aber auch für Migrationsfragen zuständig ist.

Einer der Gründe des Rücktritts ist die Beziehung gegenüber PM Babiš. (HN/Aufmacher, 25.09.2018)

Regierung stellt Geld zur Sanierung des Schweinemastareals in Lety bereit

Die Regierung in Prag hat am 04.09.2018 111 Millionen Kronen (4,3 Millionen Euro) für die Arbeiten zur Beseitigung der ehemaligen Schweinemast im südböhmischen Lety und zur Sanierung des dortigen Geländes bewilligt. Ein Teil des Geldes sei zudem für archäologische Forschungen bestimmt, sagte Kulturminister Antonín Staněk. Die Schweinemast stand auf dem Gelände des ehemaligen Roma-Konzentrationslagers. (Radio Prag, 06.09.2018)

100. Jahrestag der Gründung der Tschechoslowakei

In Prag wird Ausstellung über Zeitepoche des Totalitarismus eröffnet

Anlässlich des 100. Gründungstags der Tschechoslowakei wird am Montag im Stadtteil Letná am Ort, wo einst ein Stalin-Denkmal stand, eine audiovisuelle Ausstellung mit dem Titel Paměť národa (Gedächtnis der Nation) eröffnet. Sie konzentriert sich auf die beiden totalitären Zeitepochen: des Nationalsozialismus und des Kommunismus. Im ersten Teil der Ausstellung mit dem Titel „Zeugenaussagen“ werden in Erinnerungen von Zeitzeugen präsentiert, die sich bedeutende Ereignisse des 20. Jahrhunderts beschreiben. (Radio Prag, 02.10.2018)

Prag erwartet Monat voller Feierlichkeiten

Das Nationalmuseum stellt in der Ausstellung zum 100. Jahrestag der Gründung der Tschechoslowakei das Original des Münchner Abkommens aus. Es wird zum zweiten Mal im Nationalmuseum zu sehen sein. Zuletzt konnten die Prager es vor 10 Jahren in der Ausstellung „Republika“ sehen. (MfD, 21.09.2018)

Tschechische Armee bereitet eine Riesenparade vor

Anlässlich der Feierlichkeiten der 100-jährigen Staatsgründung bereitet die tschechische Armee eine große Militärparade vor, an der eine massive Beteiligung von Soldaten und Technik vorgesehen wird. Die tschechische Armee wird sich über drei Tage in Prag-Letná und an anderen Orten präsentieren. (LN, 21.09.2018)



Europäische Union

Babiš ändert Meinung zur finanziellen Vorausschau der EU

Die finanzielle Vorausschau der EU-KOM für 2021-2027 gefällt PM Babiš nicht. Er hält den Vorschlag der EU-KOM sogar für skandalös. Es ist laut Babiš möglich, aus dem Vorschlag weitere insges. 75 Mrd. Euro für den Kampf gegen die Migration einzusetzen. Weiter stört es den PM, dass für die unterentwickelten Regionen Tschechiens nur 18 Mrd. Euro zur Verfügung stehen sollen. Er protestiere auch gegen die Senkung der landwirtschaftlichen Subventionen. Es stört ihn, dass Tschechien in der nächsten Haushaltsperiode 2021-2027 insgesamt um rund ein Fünftel weniger erhalten soll als in der jetzigen Periode bis 2020. Laut jetziger Ansicht des tschechischen Premiers sollte der EU-Haushalt nach dem Brexit kleiner werden - im Februar soll Babiš in Brüssel vor den Journalisten noch gesagt haben, dass er mit Ausgabebeschränkungen keine Probleme habe. (HN, 26.09.2018)

EU-Justizkommissarin Jourová verteidigt Vorgehen gegen Ungarn

Die tschechische EU-Justizkommissarin Věra Jourová hat die Entscheidung des EPs für ein Strafverfahren gegen Ungarn verteidigt. Sie habe ihr halbes Leben im Totalitarismus verbracht und sei sehr empfindsam für Augenblicke, die ihr das Gefühl gäben, in diese Zeit zurückgekehrt zu sein, sagte sie gegenüber dem tschechischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Diese Tendenzen sehe sie in Ungarn, und deshalb sei es gut, auf Ungarn Druck auszuüben. (Radio Prag, 19.09.2018)

EU-Parlament prüft Verbindungen Babišs zum Agrofert-Konzern

Der Haushaltsausschuss des Europaparlaments hat eine Überprüfung der Verbindungen von Tschechiens Premier Andrej Babiš (ANO) zu dessen Ex-Konzern Agrofert gestartet. Anlass ist ein Hinweis der NGO Transparency International (TI) auf einen möglichen Interessenskonflikt. Babiš hatte Agrofert Anfang 2017 an einen Treuhandfonds übergeben. TI ist jedoch davon überzeugt, dass der Regierungschef auch weiterhin eine führende Rolle im Konzern spiele. Dies würde laut TI einen Interessenskonflikt bedeuten, da Agrofert EU-Subventionen erhalte. (Radio Prag, Právo, 12.09.2018)

Oberste Staatsanwälte der Visegrád-Gruppe beraten über Europäische Staatsanwaltschaft

Die obersten Staatsanwälte aus den vier Ländern der Visegrád-Gruppe haben sich in dieser Woche im ungarischen Visegrád zu Verhandlungen getroffen. Tschechien wurde dabei durch den Obersten Staatsanwalt Pavel Zeman vertreten. Zeman und seine Amtskollegen tauschten sich unter anderem über die zu gründende Europäische Staatsanwaltschaft aus. Diese dürfe die bestehenden Formen internationaler Zusammenarbeit in der Justiz nicht abschwächen, hieß es einhellig. Zudem verpflichteten sich die Staatsanwälte, bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität zusammenzuarbeiten. 20 EU-Mitgliedstaaten haben 2017 eine politische Einigung über die Gründung der Europäischen Staatsanwaltschaft erzielt. Zu ihnen gehörte Tschechien, Polen und Ungarn hingegen nicht. (Radio Prag, 07.09.2018)

Tschechen lehnen geltende EU-Regeln ab

In letzter Zeit hat Brüssel mehrere Richtlinien verabschiedet, die nicht einhergehen mit dem Standpunkt Tschechiens. Zum einen handelt es sich um die Quotenregelung in der Migrationsfrage, zum anderen um die Waffenrichtlinie. Nachdem Tschechien die Quotenregelung abgelehnt hat, wurde das Land von der EU-KOM vor dem EuGH verklagt. Dasselbe könnte passieren, falls es Tschechien ablehnen sollte, die Waffenrichtlinie zu implementieren. Dazu wird die Regierung jetzt von der oppositionellen ODS aufgefordert. (HN, 04.09.2018)

Tschechien erfüllt Kriterien zu Euro-Einführung nicht

Tschechien erfüllt derzeit nicht die Kriterien zur Einführung des Euro. Dies geht aus dem aktuellen Bericht der Europäischen Kommission hervor. Brüssel hat insgesamt sieben Länder bewertet, die langfristig zur Annahme der Gemeinschaftswährung verpflichtet sind. Im Falle Tschechiens wurde die geforderte Preis- und Wechselkursstabilität nicht erreicht. Wie der geschäftsführende tschechische Premier Babiš vor kurzem sagte, plant seine Regierung derzeit nicht, die Krone durch den Euro zu ersetzen. (Radio Prag, HN, 24.05.2018)



Wirtschaft

Tschechien nähert sich wirtschaftlich dem Durchschnitt der Eurozone

Das Wirtschaftsniveau Tschechiens erreicht nächstes Jahr 85 % des Durchschnitts der 19 Eurozonen Länder. Letztes Jahr lag es bei 83 %, für dieses Jahr werden 84 % erwartet. Damit wäre Tschechien besser als Polen, Ungarn, die Slowakei und Portugal. (E15, 01.10.2018)

ČEZ expandiert in Deutschland

Der tschechische Energiekonzern ČEZ hat die Firma Kopfler Energie des deutschen Geschäftsmanns und ehemaligen Chefs des TV-Senders ProSieben Georg Kopfler übernommen. (E15, 13.09.2018)

Křetínský zieht in die Welt (Anmerkung SK33: Daniel KŘETÍNSKÝ, Mehrheitsgesellschafter und Eigentümer der EPHolding)

Einer der reichsten Tschechen hat mehr als 80 % seiner Einnahmen aus unternehmerischen Aktivitäten im Ausland (GBR, DEU, SWK, FRA, ITA) bezogen. In 2017 lag der Gewinn seiner Energie- und Industrieholdinggruppe (EPH) bei 47 Mrd. CZK (1,82 Mrd. €), der Umsatz belief sich auf 153 Mrd. CZK (5,95 Mrd. €). Seine aktuelle Investition in die Metro AG, wo er 7,3 % Aktien gekauft hat, macht aus ihm einen großen europäischen Spieler. (HN, 28.08.2018)

Dresden und Povodí Labe erneuern Kooperationsvertrag

Dresden und der tschechische Wasserwirtschaftsbetrieb Povodí Labe wollen weiterhin beim Hochwasserschutz an der Elbe zusammenarbeiten. Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert unterzeichnet dazu am 01.08.2018 erneut einen Kooperationsvertrag mit Marián Šebesta, dem Generaldirektor des Staatsbetriebes Povodí Labe. (Radio Prag, 01.08.2018)

BMW will bis Ende 2019 mit Teststreckenbau beginnen

Industrie- und Handelsminister Tomáš Hüner (ANO) und Herbert Grebenc von BMW haben am 15.06. die Kooperationsvereinbarung zwischen der tschechischen Regierung und der BMW Group über die Vorbereitungen für das Future Mobility Development Center unterzeichnet, das auf rund 500 ha bei Sokolov gebaut wird. Wie Hüner sagte, werden mehrere hundert Arbeitsplätze entstehen. BMW hat bereits einen niedrigen zweistelligen Millionenbetrag investiert. (Tschechien am Morgen, E15, 18.06.2018)

Hochgeschwindigkeitszug Prag – Dresden: Deutschland wird Erzgebirgstunnel bauen

Der künftige Tunnel durch das Erzgebirge für den geplanten Hochgeschwindigkeitszug zwischen Prag und Dresden wird von der Deutschen Bahn (DB) gebaut. Darauf haben sich der tschechische Verkehrsminister Dan Ťok und sein sächsischer Amtskollege Martin Dulig geeinigt. Der Bau soll ab 2030 starten. Die Fahrtzeit zwischen Prag und Dresden soll damit auf eine Stunde verkürzt werden. (Radio Prag, 18.05.2018)

PPF übernimmt Maschinenbaufirma Škoda Transportation

Die Investment-Gruppe PPF hat die Maschinenbaufirma Škoda Transportation übernommen. Das Unternehmen des reichsten Tschechen Petr Kellner hat 100 % der Aktien erworben. Der Konzern Škoda Transportation, der seinen Sitz in Plzeň hat und mehr als 5300 Menschen beschäftigt, produziert u.a. Straßenbahnen, Lokomotiven, U-Bahn-Wagen, und O-Busse. (Radio Prag, E15, 26.04.2018)

Wissenschaft

Bei Erasmus wächst Interesse an Arbeitsaufenthalten

Die Studenten aus Tschechien, die am Erasmus-Programm teilnehmen, wählen immer öfter praktisch orientierte Aufenthalte und außereuropäische Länder. Dies bestätigen auch die Hochschulen. Eine kürzere Aufenthaltszeit und dafür höheres Stipendium werden immer beliebter. (HN, 26.09.2018)



Tschechische und amerikanische Wissenschaftler entdecken neue Methode zur Krebsbekämpfung

Tschechische und amerikanische Wissenschaftler haben eine neue Methode gefunden, mit der Krebserkrankungen bekämpft werden können. Da erste Tests der Methode vielversprechend waren, hat ein ausländischer Investor insgesamt 800 Mio. CZK (ca. 32 Mio. €) für weitere Forschungen bereitgestellt. An dem Projekt arbeiten Chemiker und Biochemiker der Akademie der Wissenschaften sowie von der John-Hopkins-Universität in Baltimore. (Radio Prag, Tschechien am Morgen, HN, 11.04.2018)

Migration

Innenminister: „In diesem Jahr nur wenige illegale Migranten aufgegriffen“

In diesem Jahr hat die tschechische Polizei bisher 130 illegale Migranten aufgegriffen, so Innenminister Jan Hamáček beim Besuch einer Polizeidienststelle im westböhmisches Cheb/Eger. Die geringe Zahl an illegalen Grenzübertritten zeige, dass Tschechien weder Ziel noch bedeutendes Transitland für Migranten und Flüchtlinge sei. Hamáček betonte, dass die Zahlen seit Ausbruch der Migrationskrise im Jahr 2015 massiv zurückgegangen seien. Damals waren laut dem Innenminister rund 3000 illegale Grenzübertritte registriert worden. (Radio Prag, 17.09.2018)

Babiš: „Wir nehmen keine Flüchtlinge auf. Dies gilt auch für syrische Kriegswaisen“

Hamáček lässt Aufnahme syrischer Kriegswaisen zu

Es ist vor allem die Außenpolitik, die dem PM Spaß mache. Er ist er Meinung, dass er mehr mache als seine Vorgänger. Er kämpfe für die tschechischen Interessen und formuliere endlich klare Vorschläge. Er habe durch seine Aktivitäten erreicht, in sechs Monaten im Rahmen der EU die Quoten abzuschaffen. Dies habe er vor allem mit Premierminister Orban geschafft.

Bei den Gesprächen mit BK'in Merkel habe er betont, dass Tschechien keinen einzigen Migranten aufnehmen könne. Die Ereignisse in Chemnitz seien Innenangelegenheiten von Deutschland, jedoch bleibe die Tatsache, dass die Migration in Deutschland nicht geklappt habe. Er stelle sich auch gegen den Vorschlag der MdEP Šojdrová (KDU-ČSL), fünfzig syrische Waisenkinder aufzunehmen. Man habe auch in Tschechien Waisenkinder, die man für das künftige Leben unterstützen müsse. Tschechien sei solider, es wurden seit 2015 in verschiedene Länder 2,5 Mrd. investiert, um Migration zu beseitigen.

Innenminister Hamáček (CSSD) betonte in Reaktion auf PM Babiš's Aussagen, dass die Aufnahme syrischer Waisenkinder für Tschechien kein Problem sei. Politiker der konservativen Opposition bezeichneten Babiš's Standpunkt als schändlich und unsolidarisch. Der Europaabgeordnete und Vizepräsident des Europaparlaments Pavel Telička (ehemals ANO) nannte die Aussagen des tschechischen Premiers ein Extrem und an der Grenze internationaler Vereinbarungen. (Právo, Radio Prag, 15.09.2018)

Deutsch-Tschechische Beziehungen

Industrie 4.0 und die Jubiläen dominieren die Maschinenbaumesse

An der diesjährigen, bereits 60. Internationalen Maschinenbaumesse nehmen 1.600 Aussteller aus 32 Ländern teil. Davon kommen die meisten Aussteller - wie in den vergangenen Jahren - mit rd. 250 aus Deutschland. Die Brünner Messe ist für deutsche Maschinenbauer und Automobilwerke die wichtigste Veranstaltung in Mittel- und Osteuropa. (E15, HN, 01.10.2018)

Steinmeier: „Tschechien und Deutschland mit gemeinsamer Verantwortung für Europa“

Tschechien und Deutschland tragen gemeinsam die Verantwortung, zur Beendigung der europäischen Krise beizutragen, so Bundespräsident Steinmeier anlässlich des Treffens mit StP Zeman am 21.09.2018 in Berlin. Es sei keine Selbstverständlichkeit, dass beide Staaten heute befreundet seien, so der Sozialdemokrat. Nun müssten Deutschland und Tschechien für ein Ende der Differenzen zwischen Ost und West eintreten. (Radio Prag/MfD, 24.09.2018)



Flüchtlingspolitik bleibt Streitpunkt zwischen Tschechien und Deutschland (Radio Prag, 06.09.2018)

PM Babiš ist am Mittwoch zu seinem ersten offiziellen Deutschland-Besuch nach Berlin gereist. Kurz nach Mittag kam er zu einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammen. Besonders wurde die Zusammenarbeit im Bereich Wirtschaft hervorgehoben. In der Zukunft wolle man vor allem bei der Förderung der Industrie 4.0 sowie in Wissenschaft und Forschung zusammenarbeiten, aber auch beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.

Die gute Zusammenarbeit schließe unterschiedliche Meinungen über bestimmte Themen nicht aus, sagte Merkel nach dem Gespräch vor Journalisten. Die Umverteilung von Flüchtlingen bleibe weiterhin ein Streitpunkt zwischen den beiden Ländern, bestätigten beide Regierungschefs. Trotz unterschiedlicher Meinungen in einigen Bereichen bleibe Tschechien für Deutschland ein vertrauensvoller Partner, sagte Merkel.

Vor dem Kanzleramt hatte eine Gruppe von Menschen gegen Babiš protestiert.

Aktuelle Projekte im Verbindungsbüro

10.10.2018

Vernissage mit Werken des Malers Carl Lohse

Die Vernissage verknüpft die Städte Bischofswerda und die Freie und Hansestadt Hamburg durch das Leben und Wirken des Malers Carl Lohse. Dessen Kunst wird in den Grußworten des Oberbürgermeisters der Stadt Bischofswerda und der Senatskanzlei Hamburg gewürdigt. Kunstgeschichtlich wird sich der Direktor der Sammlung Alter Meister der Nationalgalerie Prag Dr. Marius Winzeler über das Schaffen des Künstlers äußern, musikalisch begleitet wird der Abend durch das Musikkonservatorium Prag.

18.10.2018

CyberCrime-Seminar

In dem auf das Thema der Cyberkriminalität ausgerichteten Seminar geht es inhaltlich um einen sächsisch-tschechisch-polnischen Erfahrungsaustausch in den Bereichen der Internetkriminalität sowie Präventiv- und Abwehrmaßnahmen bei Sicherheitsbedrohungen und Cyberattacken. An dem Seminar nehmen die Justizminister aus dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik teil sowie u.a. Vertreter des sächsischen Landeskriminalamtes, der sächsischen Generalstaatsanwaltschaft sowie der Polizeibehördenbehörden aus der Tschechischen Republik und Polen.

23.10.2018

Grenzraum als Vorstellung und Erfahrung

Diskussion zur Geschichte der deutsch-tschechischen Grenzgebiete nach 1948

Das Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Institut in Warschau, der Karls-Universität in Prag und dem Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaften organisieren Vorträge und eine Podiumsdiskussion zur Geschichte der deutsch-tschechischen Grenzgebiete nach 1948. Während diesjährigen Jahrestagen, wie z.B. 1948 oder 1968 große Aufmerksamkeit geschenkt wird, möchten sich die hier geplanten Vorträge und anschließende Podiumsdiskussion auf die langfristigen Prozesse und Strukturveränderungen konzentrieren, welche diese Jahre für die ethnischen und kulturellen Minderheiten auf lokaler Ebene gebracht haben. Mit welchen Vorstellungen, Entwürfen und Visionen wurden diese Projekte verbunden? Auf welcher Weise wurden diese Pläne realisiert? Wie wurden diese Experimente subjektiv erlebt? Auf diese und weitere Fragen werden führende deutsche und tschechische Historiker Antworten suchen.

24.10.2018

Poesietage zum Dresdner Lyrikpreis

Der Dresdner Lyrikpreis nimmt im weiten Feld der literarischen Wettbewerbe eine Sonderstellung ein: Er steht allen Dichterinnen und Dichtern offen, die in deutscher oder tschechischer Sprache schreiben und ihren Wohnsitz in Europa haben. Zu den bisherigen Preisträgern zählen u.a. Lutz Seiler, Petr Hruska, Uljana Wolf und Viola Fischerová. Am 28. Oktober 2018 wird der Preis zum zwölften Mal vergeben. Als



Hinführung zum Wettbewerbsfinale und zur Preisverleihung richtet Verbindungsbüro des Freistaats Sachsen in Prag gemeinsam mit dem Literaturhaus Villa Augustin eine Lesung aus.

25.10.2018

Konferenz zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020

Die Konferenz an welcher das tschechische Regionalentwicklungsministerium, das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, die sächsische Staatskanzlei, Vertreter der Europäischen Kommission u.a. mitwirken, teilt sich auf in eine Bestandsaufnahme „Status Quo“ zur Förderpolitik/EU-Förderung. Sie widmet sich in einem zweiten Teil der Zukunft der Kohäsionspolitik (Regionalförderung) sowie in einem dritten Teil den grenzübergreifenden EU- Programmen; ein abschließender Workshop beleuchtet die Themen: Bürokratieabbau/Förderverfahren/sind Änderungen notwendig? Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit? Welche Vorstellungen/Meinungen gibt es zur Zukunft der Regionalförderung/Zukunft der Kohäsionspolitik?

6.11.2018

Rezitationswettbewerb

Finalveranstaltung des diesjährigen Rezitationswettbewerbes sowie Jugend schreibt, mit Schülern des Bertold Brecht Gymnasium Dresden, des Thomas Mann Gymnasium Prag sowie der Grundschule am Schillergymnasium Pirna.

8. und 9.11.2018

Konferenz zu den sächsisch-tschechischen Schulpartnerschaften

Thematische Einführung zur sächsisch-tschechischen Zusammenarbeit der Schulen und der Entwicklung der bisherigen Zusammenarbeit. Vorstellung von Best-Practice Beispielen aus Schulkooperationen, Vorstellung von Förderinstrumenten, Präsentation der Vermittlung und Vermittlungsunterstützung für künftige Schulpartnerschaften mit anschließendem Workshop nach der World Café Methode.

15.11.2018

Innovationstag zur Mobilität der Zukunft: automatisiertes Fahren und E-Mobility

Das Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen und die Repräsentanz des Freistaates Bayern gemeinsam mit der Deutschen Botschaft in Prag und in Zusammenarbeit mit dem Rat für Forschung und Entwicklung im Regierungsamt der Tschechischen Republik führen den diesjährigen Innovationstag gemeinsam durch. Der Innovationstag gibt Gelegenheit gemeinsam mit Spitzenforschern aus Tschechien, Bayern und Sachsen zu diskutieren und Neues zu erfahren. Gleichzeitig soll die Veranstaltung eine Plattform bieten, die Partner aus Wissenschaft, Forschung und Unternehmen verbindet, Kooperationen anstößt, Fördermöglichkeiten aufzeigt und Erfolge sichtbar macht.

16.11.2018

Jugend debattiert international - Über Grenzen sprechen

Debattierwettbewerb mit Schülern u.a. des Gymnasium Sebnitz, Gymnasien aus Prag sowie dem Goethe Institut Prag.

27.11.2018

Ausstellung mit Vorträgen „Adelsschätze – die Lust am Sammeln in Sachsen und Böhmen“

Vorträge und Präsentation mit Schloss Weesenstein/Staatliche Schlösser, Burgen u. Gärten SN, Winzern aus Sachsen, der sächsischen Weinkönigin u.a.

29.11.2018

Sächsisch-bayerische Comedyshow

„Stelzner & Bauer“ präsentieren sich in einer Kooperation des sächsischen Verbindungsbüros mit der deutschen Botschaft Prag und der bayerischen Repräsentanz.



18.12.2018

Konzert und Vernissage

Konzert mit dem sorbischen Nationalensemble, Vernissage mit Förderankäufen der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden.

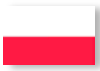
Veranstaltungen - Rückblick

Festveranstaltung zum Jubiläum „25 Jahre Zusammenarbeit Sachsen – Tschechien“ am 11.06.2018 in Dresden

➤ <https://www.ministerpraesident.sachsen.de/25-jahre-zusammenarbeit-sachsen-tschechien-7026.html>

Veranstaltungen des Verbindungsbüros in Prag

➤ <https://www.sk.sachsen.de/termine-und-veranstaltungen-verbindungsbuero-prag-3835.html>



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau



Republik Polen

Politik und Gesellschaft

Marsch der Lebenden

Alle Medien gehen auf den Marsch der Lebenden in Auschwitz am 12.04.2018 ein. Zum 30. Mal habe dieser stattgefunden, weit über 10.000 Juden aus der ganzen Welt hätten teilgenommen. In der Teilnahme des Staatspräsidenten Riwlin und hochrangiger ISR Militärs sehen die Medien eine Annäherung beider Länder. Rz zitiert Quellen aus Jerusalem. Denen zufolge habe Netanjahu nach langem Zögern positiv über die Reise Riwlins entschieden und diese als einen Schritt in Richtung einer Aussöhnung bezeichnet. Israel erwarte aber weiter eine Änderung des IPN-Gesetzes nach einem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts.

Die Rede von Präsident Duda sei gut aufgenommen worden (Rz). Er hatte angesichts des Massenvernichtungslagers vor dem gewarnt, was aus Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus werden kann und auch den zunehmenden Antisemitismus in Europa und Amerika direkt angesprochen. In einem Kommentar geht Rz auf die Folgen des IPN-Gesetzes ein: Der Streit mit Israel könne nun zwar beendet werden, der Schaden für das Ansehen Polens aber werde noch Jahre bleiben. Obwohl das Land mit seiner Geschichte im zweiten Weltkrieg besser umgegangen sei als viele andere Europäer, wisse die Welt fast nichts über Polen, die Juden das Leben gerettet haben (Rz, GW 13.04.2018).

EuGH-Urteil zu Abholzungen in Białowieża

Am 17.04.2018 habe der EuGH entschieden, dass die polnische Regierung mit der Ausweitung der Baumfällungen im Białowieża-Urwald gegen EU-Recht verstoßen habe. Die PiS-Regierung habe damit auch gegen die Habitat- und Vogelschutzrichtlinien der EU verstoßen. Damit habe der EuGH der Anklage der EU-KOM in allen Punkten zugestimmt. Eine Strafe für Polen sei damit nicht verbunden. Umweltminister Kowalczyk habe erklärt, das Urteil sei für Polen verbindlich und man werde dagegen keine Berufung einlegen (alle Medien). Der Urwald gehöre zum nationalen Erbe Polens und alle Aktivitäten seien dort zum Wohle dieses Erbes ausgeführt worden (GPC und GW). In Zukunft werde die Regierung ihre Aktivitäten in diesem Bereich mit der EU-KOM abstimmen, so der Umweltminister laut Rz. GW bezeichnet das Urteil als eine weitere Katastrophe für das Image der PiS. In der Zeitung fordert der Umweltjournalist Wajrak: Erstens müssten alle Verfahren gegen die Aktivisten in Sachen Białowieża eingestellt werden, zweitens müsse eine künftige Regierung das ganze Gebiet zum Nationalpark erklären, drittens müssten die nationalen Forstinstitutionen grundlegend reformiert werden und viertens müssten sich die Personen, die für die Abholzungen verantwortlich gewesen seien, vor Gericht verantworten. Laut Rz seien das Urteil und dessen Akzeptanz durch den Umweltminister ein Fortschritt in den Beziehungen Polens zu Brüssel, da damit ein langwieriger Streit beigelegt worden sei. (GW, Rz, 18.04.2018).

AfD als Partner für polnische Parteien

Die Wochenzeitschrift „Do Rzeczy“ stellt fest, dass die AfD ein wichtiger Spieler auf der deutschen politischen Bühne geworden sei und nicht geringgeschätzt behandelt oder boykottiert werden sollte. Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen sei polenfreundlich, was durch seinen Widerstand gegen das Rechtsstaatslichkeitsverfahren nach Art. 7 und gegen die Abberufung von Czarnecki aus dem Amt des stellvertretenden EP-Präsidenten sichtbar geworden sei. Die AfD käme immer mehr ins Zentrum der deutschen Politik und gebe den Ton an. Auch wenn es in der Partei auch antipolnische Elemente gebe, solle man sich um die Kontakte zur AfD bemühen, so dass man in vier Jahren von diesen profitieren könnte (DR, 24.04.2018).

Europapolitik der polnischen Opposition

Rz stellt fest: Die Opposition keines anderen Mitgliedstaates gehe in Brüssel so offen in Konfrontation mit der eigenen Regierung wie die polnische: Weder die österreichische im Verfahren gegen die Regierung Haider, noch die griechische bzgl. der Finanzpolitik oder aktuell die Brexit-Gegner oder die de-



mokratische Partei Italiens. Laut Rz dürfe die Opposition in Polen aber im innenpolitischen Wahlkampf nicht auf Brüssel setzen. Die PiS könne sie nur mit überzeugenden Konzepten und vielleicht mit einem polnischen Macron besiegen. Bzgl. des Streits um die Rechtsstaatlichkeit müsse man wie Polens wichtigster Verbündeter in der EU, Deutschland, eine gesichtswahrende Lösung anstreben. (Rz, 20.06.2018).

Geplante Reform des Wahlrechts für das Europäische Parlament

Alle Medien berichten über die geplante Reform des Wahlrechts. Demnächst solle es in jedem der 13 Wahlkreise drei bis sechs Mandate geben und keine Landesliste (GW am Wochenende). Die Mandate würden in den Regionen geteilt, was es kleineren Parteien so gut wie unmöglich mache, einen Sitz im EU-Parlament zu ergattern (alle Medien). Die reale Fünf-%-Hürde werde 15 % betragen. Die neuen Regeln würden der Regierungspartei ein viel besseres Ergebnis garantieren, weil sie die Wahlkreise stärken würden, in denen die PiS gewinne. Das Wahlrecht, dass die großen Parteien bevorzuge, habe in den nationalen Wahlen Sinn, wo es darauf ankomme, eine stabile Mehrheit im Parlament zu haben, bei EU-Wahlen sei es anders. Man könne über eine Reform des Wahlrechts diskutieren, aber die Änderungen sollten dann erst in fünf Jahren in Kraft treten. Bei der Reform gewinne Kaczyński viel: er schalte die Nationalisten und die kleineren Parteien aus. Es garantiere auch Disziplin bei der Vereinigten Rechten: Gowin, Ziobro und Rydzyk könnten es sich nicht leisten, ohne die PiS bei den Wahlen anzutreten. Das Vorhaben könnte aber die Opposition vereinigen. Die größte Gefahr für die PiS sei die PiS selbst und die internen Konflikte. Falls sich bei der Opposition nichts bewege, werde Kaczyński sie bei den EU-Wahlen bravourös besiegen (GW; Rz, 25.06.2018).

Posener Stadtpräsident führt „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber Fremdenhass ein

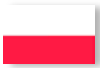
Gemeinsam mit den Stadtpräsidenten von Danzig, Warschau und Białystok setzt sich der Posener Stadtpräsident für eine Politik, die von "Null Toleranz für Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus", gekennzeichnet ist, ein. Ein entsprechender Aufruf an alle polnischen Städte, wurde am Mittwoch, während eines Fachseminars im Museum der Geschichte der polnischen Juden POLIN, unterzeichnet. (GW, 28.6.2018).

Permanente US-Truppenstationierung in Polen?

Fakt zitiert Informationen der Washington Post, denen zufolge Trump die Verlegung von US-Truppen aus Deutschland nach Polen erwäge als Strafe dafür, dass Deutschland zu wenig in die eigene Verteidigung investiere. Laut Fakt sei dies kaum wahrscheinlich wegen der zu erwartenden Konsequenzen auch seitens Russlands. Es sei aber möglich, dass Trump mit dem „Verkauf“ der Ukraine kalkuliere, da er ggü. Journalisten nicht ausgeschlossen habe, die Annexion der Krim anzuerkennen. Die Zeitung informiert über ein Gipfeltreffen der beiden Präsidenten am in Helsinki (Fakt, 02.07.2018).

Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen

Die EU-KOM hat am 02.07.2018 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen bezüglich des Gesetzes zum Obersten Gerichtshof eingeleitet. POL werde vorgeworfen, Art. 19 Abs. 1 EUV und Art. 47 der Charta der Grundrechte der EU verletzt zu haben. Europaminister Szymanski spricht von einem Präzedenzfall: Die EU-KOM berufe sich direkt auf den Vertrag und nicht auf sekundäres Europarecht, wie das im Vertragsverletzungsverfahren üblich sei (Rz). Die Zeitungen erklären: Laut EUV seien die Mitgliedsstaaten verpflichtet, den Bürgern einen wirksamen Rechtsschutz zu garantieren (Art 19). Wenn der Oberste Gerichtshof nicht mehr unabhängig sei, habe das Einfluss auf die Anwendung von EU-Recht. Die EU-KOM verfolge eine Rechtsauslegung, die besage: polnische Richter seien EU-Richter, weil sie Urteile auch auf der Grundlage von EU-Rechts fällten (GW, Rz). Polen habe einen Monat Zeit, um zu diesen Vorwürfen Stellung zu beziehen. Szymanski meint, Polen werde diesen Termin einhalten (Rz). Der Beginn des Vertragsverletzungsverfahrens würde die Wirkung des Gesetzes zum Obersten Gerichtshof nicht blockieren. Die EU-KOM könnte aber einen Antrag auf einstweilige Verfügung stellen, um die Neubesetzung der geräumten Richterposten aufzuhalten (GW, Rz). GW kommentiert: Immer wieder seien für die PiS die eigenen Interessen wichtiger als die Interessen Polens. Der Preis dafür würden alle zahlen - durch die Schwächung der polnischen Verhandlungsposition in der EU (Haushalt, Klimapolitik, etc.) (Rz, GW, 03.07.2018).



Haltung der Polen zur EU

Aus einer Umfrage des Instituts Kantar Public folgert die Wochenzeitschrift Polityka, dass die polnische Gesellschaft in europapolitischen Fragen ebenso gespalten sei wie in innenpolitischen: So befürworten 43 % eine Verbindung von Mittelzuweisungen aus Brüssel mit Rechtsstaatlichkeit (40 % sind dagegen); 56 % sind für eine europäische Armee, 48 % dagegen. Die Klage in Sachen Rechtsstaatlichkeit sehen 43 % als berechtigt, 31 % sehen darin einen Verrat der Landesinteressen. Eindeutiger fällt die Haltung der Befragten zur Zukunft der EU aus: 47 % befürworten mehr Integration, 20 % ein gleichbleibendes Integrationsniveau, nur 9 % wollen weniger Integration und 14 % würden eine Auflösung befürworten. Auch sagen 65 %, dass Polen ein unabhängiger Staat innerhalb der EU sei, während 25 % das verneinen. (Polityka, 19.07.2018).

Neue Immigrationspolitik

Laut Rz werde das Ministerium für Entwicklung und Investitionen Anfang September ein neues Programm zur Einwanderung und Rückkehr nach Polen vorstellen. Dieses werde Erleichterungen sowohl für Unternehmer, Einwanderer als auch für Polen, die bisher im Ausland arbeiteten, enthalten. Auch sei eine Ausweitung der Länder für die Einwanderung nach Polen möglich. Die Kosten für das Programm werden für den Zeitraum 2018-2025 auf 2,9 Mrd. PLN (ca. 725 Mio. €) geschätzt. Davon sollen 1,6 Mrd. PLN (ca. 400 Mio. €) aus EU-Mitteln abgedeckt werden. Die Zeitung begrüßt das Programm als Rückkehr zur Vernunft. Die ideologischen Vorurteile würden endlich über den Haufen geworfen, da Polen Arbeitskräfte benötige. Um aber Polen zur Rückkehr zu motivieren, müsse die PiS zunächst Streit und Spannungen im Land abbauen. Außerdem werde es nicht leicht für die PiS, ihre Wählerschaft davon zu überzeugen, dass Einwanderer keine Feinde seien. (Rz, 26.07.2018).

Zukunft der Demokratie

GW schreibt auf der Titelseite: Heute wisse man, dass bei den letzten Wahlen der Spieleinsatz die Demokratie gewesen sei. Die PiS wolle die Macht über Generationen behalten. Die Fünf%hürde werde laut neuem Gesetz bei den EU-Wahlen faktisch auf 16 % erhöht. Auch das Wahlrecht für die Parlamentswahlen werde wahrscheinlich novelliert. Polen werde wie Russland, Türkei und Ungarn sein. Die kommenden vier Wahlen seien entscheidend, dies werde der letzte Moment sein. Falls die demokratische Opposition zu den Wahlen geteilt antrete, werden alle zukünftigen Wahlen ohne Bedeutung sein. Auch Rz kommentiert heute: Je mehr der Sejm einer Besserungsanstalt gleiche, je mehr die Regeln des Parlamentarismus verletzt werden, desto sichtbarer werde der Wille, das Parlament in eine historische Darstellungsgruppe zu verwandeln, die die Machtlegitimierung der PiS mitfrage. Je ernster die Anschuldigungen der PiS gegenüber, desto größer das Bedürfnis der Partei, sich als einziger wahrer Erbe der großen POL Republik zu präsentieren. (GW, Rz, 30.07.2018).

Gedenken an den Überfall auf Polen am 1. September vor 79 Jahren

Die Wochenendzeitungen (GPC, Fakt) gehen auf die Rede von MP Morawiecki auf der Westerplatte ein. Er habe dort an die Einheit der Polen appelliert und zum 11. November die Opposition gebeten an einem gemeinsamen Marsch der Unabhängigkeit teilzunehmen.

Anlässlich des Gedenktages erklärt GPC am WE, Deutschland habe seine Rechnung noch immer nicht beglichen und schulde Polen Kriegsreparationen. Die Zeitung zitiert den Abgeordneten Mularczyk: Deutschland habe kein Recht, sich heute als Moralwächter über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufzuführen, da es selbst vor über 70 Jahren alle internationalen Regeln gebrochen habe (Fakt, 03.09.2018).

Meinungsumfrage zu den Kommunalwahlen

Im Hinblick auf die im Oktober stattfindenden Kommunalwahlen zitiert Rz aus einer Umfrage, die am 05.06.2018 beim Wirtschaftsforum in Krynica präsentiert worden sei: Die PiS würde der größte Gewinner bei den Wahlen zu den regionalen Parlamenten sein. Die Vereinigte Rechte würde 35,8 % erreichen, Koalicja Obywatelska (PO und Nowoczesna) 23,3 %, PSL 12,8 %, SLD 7,3 %, Kukiz'15 7,2 %, regionale und parteilose Wahlkomitees 5,4 %. Die Wahlbeteiligung würde 56 % erreichen. Im Endergebnis könnte die PiS in sieben Wojewodschaften an die Macht kommen, die PO in sechs, in drei seien die Verhältnisse unklar. (Rz, 06.09.2018).

Reparationen

GW druckt ein Interview mit dem Abgeordneten Mularczyk, in dem dieser auf die Äußerungen von BM Altmaier zum Thema Reparation in „Fakt“ eingeht. Die deutsche Argumentation verlaufe angesichts des aktuellen Wissensstandes über die Verluste Polens im II. Weltkrieg ins Leere. Die Aussage Altmaiers, dass die Angelegenheit politisch und juristisch abgeschlossen sei, zeige, dass die Angelegenheit für Deutschland zur Last werde.

In einem Interview mit DGP äußert sich der Historiker am Westinstitut Posen auf einer Konferenz in Danzig. Die Experten aus Deutschland hätten bei der Konferenz viel Verständnis für die polnische Haltung gezeigt. Sie hätten anerkannt, dass Polen nicht gerecht behandelt worden sei. Allerdings hätten einige deutsche Journalisten die Einladung nicht angenommen, weil es sich ihrer Meinung nach um einen Versuch handele, die deutsch-polnischen Beziehungen zu verschlechtern. Zerko meint zu wissen, dass Druck sowohl von polnischer als auch von deutscher Seite ausgeübt worden sei, um sie von einer Teilnahme abzuhalten. Für eine offizielle Forderung ggü. Deutschland aber sei es laut Zerko noch zu früh. Zunächst müsse man auf beiden Seiten Bewusstsein schaffen. Man müsse auch darüber aufklären, dass die deutsch-polnische Aussöhnung zum Teil auf dem Verschweigen von für Deutschland unbequemen Wahrheiten beruhe. Mit der Zahlung von Reparationen rechnet der Experte nicht. Allerdings könne man auch auf anderem Wege, z. B. durch die Gründung von Stiftungen u. a. zum Wiederaufbau zerstörter Denkmäler, Gerechtigkeit herstellen (GW, 10.09.2018).

Wirtschaft

Neuer EU-Finanzrahmen

Alle Medien gehen auf den Vorschlag der EU-Kommission zum Haushalt 2021-27 ein. Polen werde nach inoffiziellen Rechnungen 13 % weniger aus dem Kohäsionsfonds bekommen und 5 % weniger für die Landwirtschaft. Es werde neue Regeln bei der Aufteilung der Mittel geben und durch die neuen Kriterien würde ein Teil des Geldes aus dem Osten zugunsten Südeuropas verschoben.

Eine Neuerung sei die Verordnung, die es ermögliche, die EU-Mittel im Falle von Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit zu stoppen. Die Entscheidung der EU-KOM könnte der Rat der EU mit der Mehrheit von 55 % der Stimmen der Länder, die 65 % der Bevölkerung vertreten, blockieren (GW, Rz). In einem Interview in wpolityce.pl spricht Außenminister Czaputowicz über eine mögliche Koalition „der Freunde der Kohäsionspolitik“. Die polnische Ständige Vertretung in Brüssel werde ein Treffen von 10-11 Staaten, die gemeinsam eine Strategie zur Verteidigung der Kohäsionspolitik erarbeiten werden, organisieren. EU-Kommissarin Jourova habe Czaputowicz versichert, dass die Verordnung über eine evtl. Blockade der EU-Mittel als Korruptionsgegenmaßnahme gedacht sei und keinen Zusammenhang mit dem Art. 7-Verfahren habe (GW, Rz, 04.05.2018).

Wirtschaftswachstum in Polen

Nächstes Jahr werde das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) in Polen höher sein als in PRT (momentan seien es 96,7 % des PKE in PRT, 1989 seien es 29 % gewesen, 2004 62,3 %). Die polnische Wirtschaft entwickle sich doppelt so schnell wie die portugiesische. Vor zwei Jahren habe Polen Giechenland um 5,4 % überholt. Bis Ende 2027 sei es möglich, dass Polen mit Italien gleichziehe (1989 sei das polnische PKE 10,6 % des italienischen gewesen, 2004 seien es 45,6 % gewesen, heute seien es 77 %), berichtet Rz. Rz kommentiert: Bald werde Polen eines der reichsten und entscheidungsträchtigsten Länder der EU sein. Habe Polen eine Idee für die eigene Präsenz in der EU? Mit wem wolle Polen Partnerschaften angehen, um welche Themen solle es gehen? Sei Polen bereit, ein Netto-Zahler zu werden? Die Zeit sei reif, um erwachsen zu werden und die Komplexe beiseitezulegen, vor allem Deutschland gegenüber. Die Wirtschaft habe schon verstanden, dass Deutschland ein solider Partner sei, die Politiker aber, insbesondere aus dem Regierungslager, bevorzugten die Traumata zu pflegen und die Wunden aufzureißen. Der Wirtschaftssprung sei nicht nur Balcerowicz zu verdanken, sondern vor allem den Millionen von Polinnen und Polen (Rz, 07.05.2018).



Unterstützung der Wirtschaft für Euro

Rz zitiert eine Meinungsumfrage, laut der 74 % der großen und mittleren Unternehmer sich für die Einführung des Euro aussprechen (in der Bevölkerung seien es 48 %). Die potenziellen Vorteile (niedrigere Zinssätze, keine Transaktionskosten, etc.) hätten mehr Firmen überzeugt als die Risiken (GW, 22.08.2018).

Deutsch-Polnische Beziehungen

9 Millionen Euro für deutsch – polnische Zusammenarbeit

Seit dem 29. Mai können neue Anträge im Rahmen des Interreg-Programms Polen – Sachsen gestellt werden. Insgesamt 9 Millionen Euro stehen für grenzüberschreitende Projekte im Kultur- Bildungs- und Tourismusbereich zu Verfügung. Im Rahmen des Programms wurden bereits 42 Projekte in einem Gesamtwert von 200 Millionen PLN umgesetzt. (Gazeta Wroclawska, 31.5.2018).

Deutsch-polnisches Verhältnis

In Rz geht der Publizist Cichocki auf das deutsch-polnische Verhältnis ein. Zum einen würden immer mehr deutsche Autoren ein Bild des Nachbarn zeigen, das geprägt sei von Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit, Diktatur und Europaskepsis - zum anderen zeige die aktuelle Studie des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (ISP), dass 56 % der Polen Sympathie für ihre westlichen Nachbarn empfinden, obwohl es nur 29 % der Deutschen mit Polen so gehe. 64 % der Polen, aber nur 31 % der Deutschen seien der Meinung, dass es schlecht um die Beziehungen beider Länder stehe. Die Ergebnisse sollten den Deutschen zu denken geben. Dennoch rechnet der Autor nicht mit einer ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen im Nachbarland – dazu sei eine selbstkritischere Herangehensweise an sich selbst erforderlich, was in Deutschland aber im polnischen Kontext schwer falle (Rz, 04.06.2018).

Besuch Bundespräsident Steinmeier

Im Vorfeld des Besuchs von Bundespräsident Steinmeier schrieb die Rz: Mit diesem Besuch wolle Deutschland erneut unterstreichen, dass Polen zum Kern der EU gehöre. In Zeiten innerer und äußerer Bedrohungen, setze Kanzlerin Merkel auf verstärkte Kooperation. Polen sei dazu aufgerufen, sich dieser Zusammenarbeit anzuschließen, um die EU gegen diese Herausforderungen zu verteidigen.

Der Autor zitiert Quellen aus Berlin, denen zufolge die Teilnahme Steinmeiers an den Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag der Wiedererlangung polnischer Staatlichkeit, betone, dass Deutschland und Polen enge Partner waren, sind und sein werden. Einen Durchbruch beim Streit um Polens Rechtsstaatlichkeit erwarte man nicht, dies sei Thema zwischen Warschau und der EU-KOM, auch wenn Deutschland auf konkrete Ergebnisse dieses Dialogs hoffe, zitiert der Autor Quellen in Berlin. Auch erwarte man weder Forderungen nach Reparationen noch die Novelle des IPN-Gesetzes als Themen des Besuchs. Der Autor zählt verschiedene Politikbereiche auf, in denen es zu einer Annäherung beider Länder gekommen sei (Handelsfreiheit, Iran-Abkommen) oder kommen könne, darunter auch die Bankenunion und auch die Migrations- und Asylpolitik: Deutschlands Kritik an der polnischen Migrationspolitik sei leiser geworden. Möglich sei auch eine gemeinsame Vision von der Zukunft Europas, eine Frage, in der Deutschland und Frankreich noch weit auseinander lägen. Auch wenn die Zusammenarbeit dennoch in vielen Bereichen, allen voran mit Blick auf Nord Stream II, schwierig bleiben werde, so sei Deutschland doch der engste und einflussreichste Partner Polens in der EU. (Rz, 04.06.2018).

Außenminister Maas in Auschwitz

Der Besuch des Außenministers findet Niederschlag in Tageszeitungen, TV- und Radionachrichten sowie den Onlinemedien. Maas habe sich zur ewigen deutschen Verantwortung für diese Verbrechen an der Menschlichkeit, an „Juden und an Polen“ (GPC) bekannt (alle Medien). Rz hebt hervor, dass dies der erste Besuch eines deutschen Außenministers in dem Vernichtungslager seit 1992 sei. Maas zeige mehr Feingefühl gegenüber den Ländern Mitteleuropas als viele andere SPD-Mitglieder (Rz). Die Zeitung zitiert Vize-AM Szykowski, demzufolge die deutsche Politik der Geschichte seit einigen Monaten



mehr Beachtung schenke. Dies sei der Konsequenz polnischer Bemühungen um den guten Namen Polens zu verdanken. GPC stellt das Treffen mit AM Czaputowicz im Franziskanerkloster Harmeze in den Vordergrund. Bei dem bilateralen Gespräch sei es um die deutsch-polnischen Beziehungen gegangen, um europapolitische Fragen und auch um Nord Stream 2. Die Zeitung zitierte deutsche Medien (Welt, Tagesspiegel), die im Vorfeld des Besuchs von einem schwierigen bzw. kalten Verhältnis gesprochen hätten. Maas habe selbst betont, dass man unter Freunden auch über schwierige Themen spreche. Auch Rz meint, dass heute zum ersten Mal seit dem Regierungsantritt der PiS nicht die Rechtsstaatlichkeit, sondern die Pipeline Nord Stream 2 zum größten Streitthema zwischen beiden Ländern geworden sei. Maas habe die polnischen Bedenken zwar gestern zurückgewiesen. Rz vermutet aber, dass er eher aus Loyalität mit der Kanzlerin, denn aus der eigenen Überzeugung heraus argumentiert habe. Die Antwort des Polnischen Außenministers interpretiert Rz als eine Unterstützung Polens für die geplanten Sanktionen der USA. (Rz, 21.08.2018).

Kultur und Gesellschaft

Parade der Gleichheit

Das Titelbild der GW zeigt Aufnahmen von der 18. Parade der Gleichheit für Geschlechtergerechtigkeit, an der am 09.06.2018 in Warschau ca. 45.000 Menschen teilgenommen hätten. Die Zeitung sieht in dem friedlichen Marsch, der dieses Jahr in vielen Städten zum ersten Mal stattgefunden habe, ein Zeichen für den gesellschaftlichen Wandel in Polen. GPC dagegen titelt mit einem Bild des Marsches „für das Leben und die Familie“, der in über 60 anderen Städten am Sonntag zum 13. Mal stattgefunden habe. An der Manifestation in Warschau habe auch der Bürgermeisterkandidat der PiS, Jaki, teilgenommen (GW, 11.06.2018).

Geste der Vergebung

In der Wochenzeitschrift „Wprost“ spricht die Warschauer Aufständische Wanda Traczyk-Stawska u.a. über die Notwendigkeit den Deutschen zu vergeben. Ihre Kriegserlebnisse hätten sie zur Pazifistin gemacht. Sie habe in den deutschen Soldaten, die sie im Aufstand getötet habe, Menschen gesehen und ihr ganzes Leben belaste dies ihr Gewissen. Bei der Bombardierung von Dresden sei sie dort gewesen und habe zugeschaut, wie während einer Nacht die Stadt verschwunden sei. Bei jedem Krieg verlören am Ende beide Seiten. Deswegen müssten sich die Polen mit den Deutschen versöhnen. (GW, 31.07.2018).

Klage eines polnischen Opfers gegen Deutschland

Die GP vom 08.09.2018 machte auf mit dem Titel „Polnisches Opfer verklagt den deutschen Staat“. Damit sei Deutschland zum ersten Mal vor einem polnischen Gericht verklagt worden. Der Kläger sei Sohn eines Opfers medizinischer Experimente, der in drei deutschen Konzentrationslagern inhaftiert gewesen sei. Der Kläger verlange über 430.000 PLN (ca. 107 T€) Schadensersatz für die Leiden, die er in der zweiten Opfergeneration erleiden müsse. Seine Behinderungen seien auf die Experimente am Vater zurückzuführen (GP, 10.09.2018).

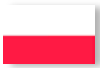
Wojewodschaft Oppeln

Neuer VdG-Vorstand (Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen)

Bei der 49. Vorstandssitzung wurde der neue VdG – Vorstand gewählt. Vorsitzende bleibt Bernard Gaida. Sein Stellvertreter ist Michał Schleuter. Mitglieder sind Rafał Bartek, Piotr Jeske, Martin Lippa, Maria Neumann, Damian Stefaniak und Waldemar Świeczek. (Wochenblatt.pl, 25.-31.5.2018).

Premierminister Morawiecki besuchte Oppeln

Mateusz Morawiecki besuchte am 22. Juni Oppeln. Im Oppelner Kongress- und Ausstellungszentrum versammelten sich ca. 400 Gäste. Unter ihnen Vertreter der regionalen PiS Strukturen, Woiwode Adrian



Czubak und stv. Woiwodin Violetta Porowska und der aus Oppeln stammende Stv. Minister für Unternehmertum, Marcin Ociepa. Während seiner Rede lobte Morawiecki die wirtschaftliche Entwicklung der Region Oppeln, vor allem in Bezug auf die PiS – Regierung.

Morawiecki sprach auch über die hier lebende deutsche Minderheit: - Ich freue mich, dass hier im Oppelner Land - das eine sehr interessante Geschichte hat - Vertreter der deutschen Minderheit leben, dass Polen für sie ein attraktiver Lebensort ist. Nach dem Auftritt konnten Fragen gestellt werden. Kritische Fragen aus dem Saal, wurden jedoch nicht zugelassen (GW, 25.6.2018).

Wird die Bewegung „Obywatele dla Opola“ zu Konkurrenz für die deutsche Minderheit in Oppeln?

Die kürzlich gegründete Bewegung „Obywatele dla Opola“ (Bürger für Oppeln), die unter anderem Gegner der administrativen Vergrößerung der Stadtgrenzen vereint, kann der deutschen Minderheit lokale Stimmen abwerben. Nowa Trybuna Opolska beschäftigt sich mit dem Thema in einem „+“ – Beitrag für Abo-Besitzer. (NTO, 16.07.2018).

Wojewodschaft Niederschlesien

Nacht der europäischen Literatur

Die Gazeta Wyborcza berichtet über die Nacht der europäischen Literatur am 9. Juni 2018 in Breslau. Fast 10.000 Zuhörer konnten sich mit den Fragmenten der Bücher u. a. von Jaume Cabre und Zadie Smith bekannt machen, die von den Schauspielern an verschiedenen Orten gelesen wurden. Einer der Orte war das deutsche Generalkonsulat, vor dem kurz vor Beginn der Lesung ca. 100 Personen Schlange standen, die aber schon wussten, dass sie aus Mangel an Platz nicht mehr reingelassen werden können. (GW, 11.06.2018).

Op Enheim – ein Haus für die Kultur

Am 16.06.2018 öffnete in Breslau eine neue Kultureinrichtung, das sogenannte Haus für die Kultur (Dom dla Kultury) Op Enheim ihre Türen. Das ehemalige Barockhaus der Familie Oppenheim am Salzmarkt 4 wurde aufwendig renoviert und soll nun Kulturschaffenden und – interessierten dienen. Eigentümer und Betreiber ist die Stiftung Op Enheim. Nach der offenen Erstbegehung am kommenden Wochenende, sollen hier im Herbst die ersten Veranstaltungen anlaufen (GW, 13.6.2018).

Direktor der Breslauer Oper unter Beschuss des Obersten Rechnungshofes (NIK)

600 000 PLN (ca. 150.000 €) soll der Leiter der Breslauer Oper, Marcin Nałęcz-Niesiołowski, im letzten Jahr verdient haben. Und das vor allem, weil er größten Teils mit sich selbst Werkverträge geschlossen haben soll. Dieses wird ihm jetzt vom polnischen Obersten Rechnungshof – NIK, vorgeworfen.

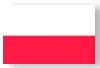
Nałęcz-Niesiołowski soll im letzten Jahr jede dritte Aufführung selbst dirigiert haben, obwohl die Oper 15 weitere Dirigenten unter Vertrag habe. Nałęcz-Niesiołowski hat inzwischen gegen den Kontrollbericht beim NIK-Präsidenten eine Beschwerde eingereicht. Das Marschallamt Niederschlesien und das Kultusministerium in Warschau, die die Aufsicht über die Kultureinrichtung haben, wollten sich zu den Ergebnissen der Kontrolle noch nicht äußern (GW, 17.7.2018).

Mercedes-Werk in Jawor/Jauer

Ab Mitte 2019 soll die Produktion der Vierzylinder-Motoren im neuen Mercedes-Motorenwerk in Jawor beginnen. Zurzeit werden Mitarbeiter für den Standort gesucht. Langfristig sollen hier ca. 1000 Mitarbeiter zum Einsatz kommen. Die Produktion soll ressourcenschonend und CO2-neutral sein (GW, 17.08.2018).

Kommunalwahlen in Breslau

Laut neuester Umfrage spielen bei den Bürgermeister-Wahlen in Breslau nur 2 Namen eine Rolle: Jacek Sutryk (Bürgerliche Koalition, 47 %) und Mirosława Stachowiak-Różecka (PiS, 29,3 %). Auf Platz 3 ist Katarzyna Obara-Kowalska mit 6,1 %. Alle anderen Kandidaten stehen weit hinten. Das Ziel der Bürger-



lichen Koalition ist es, alles zu tun, damit Jacek Sutryk die Wahlen im 1. Wahlgang gewinnen kann (GW, 31.08.2018).

Festival der Freiheit

Am Jahrestag der ersten freien Wahlen, feierte Breslau ein Festival der Freiheit. Die Stadt besuchten aus diesem Anlass u. a. die ehemaligen Staatspräsidenten Lech Wałęsa, Aleksander Kwaśniewski und Bronisław Komorowski. Ehrengäste der zweitägigen Veranstaltung waren auch Auma Obama und der Sohn von Zbigniew Brzezinski – Marek Brzezinski. (GW, 4.-5.6.2018).

Deutsch – polnische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kardiologie geehrt

Die Kardiologen, Prof. Stefan Anker von der Charité – Universitätsmedizin Berlin und Prof. Piotr Ponikowski von Medizinischen Universität Breslau wurden mit dem Deutsch – Polnischen Wissenschaftspreis Copernikus 2018 geehrt. Der Preis wird alle zwei Jahre von der Stiftung für Polnische Wissenschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vergeben. Die Auszeichnung ist mit einem Geldpreis in Höhe von jeweils 100.000 Euro verbunden. Die Übergabe des Preises findet am 25. Oktober in Berlin statt. (GW, 16.6.2018).

Aktuelle Projekte

Wettbewerb für Flaggschiffprojekte ausgelobt

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) lädt in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Investition und wirtschaftliche Entwicklung der Republik Polen zur Teilnahme am „**Wettbewerb für Flaggschiffprojekte des Gemeinsamen Zukunftskonzeptes 2030**“ ein. Bei der Konferenz zum Gemeinsamen Zukunftskonzept für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum am 4. Oktober 2018 im BMI wurde der bereits dritte Wettbewerb für Flaggschiffprojekte des Gemeinsamen Zukunftskonzeptes eröffnet.

Mit dieser Mail möchte ich Sie darüber informieren und anregen, ein deutsch-polnisches Kooperationsprojekt oder Vorhaben einzureichen. Dabei ist es unerheblich, ob das Projekt/Vorhaben nur eine Idee ist oder bereits im Stadium der Durchführung. Ausschlaggebend ist, dass das Projekt/Vorhaben „überlebensfähig“ ist, heißt, auch die Finanzierung sollte klar sein.

Bei dem Wettbewerb handelt es sich um kein Förderprogramm. Es soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Nachbarland Polen fördern. Die Gewinner werden mit 5.000 € prämiert und das jeweilige Projekt/Vorhaben wird bekannt gemacht.

Beginn der Einreichung: **ab sofort**

Ende der Einreichungsfrist: **4. Dezember 2018, 23:59 Uhr**

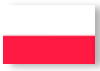
Die Projektblätter finden Sie zur Ansicht als Anlage beigefügt. Nähere Informationen zum Wettbewerb sowie die beiden Formulare (deutsch/polnisch) zur Antragstellung finden Sie unter www.kooperation-ohne-grenzen.de / www.kooperacja-bez-granic.pl. Ebenfalls finden Sie dort die Gewinner der letzten beiden Wettbewerbe.

04.10.2018

Oder-Seminar eTwinning

Projektideen und Tools für internationale Schulpartnerschaft

Auf Einladung des Landesamtes für Schule und Bildung des Freistaates Sachsen informiert das Breslauer Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen gemeinsam mit dem INTERREG-Projektbüro des LA-SUB aus Löbau über neue Konzepte und Formate der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.



03.12.-09.12.2018

Jüdische Woche in Breslau

„Jüdische Lebenswelten in Breslau gestern und heute im Spiegel ihrer Denkmale“, so lautet das Gemeinschaftsprojekt der Jüdischen Gemeinde und des Stadtmuseums Breslau in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz, der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, dem Universitätsverlag Leipzig, dem Oppenheim Haus Breslau und dem Verbindungsbüro Breslau.

Veranstaltungen im Verbindungsbüro - Rückblick

10-jährige Regionalpartnerschaft Freistaat Sachsen und Wojewodschaft Lebus am 03.09.2018 in Łęknica / Lugknitz

<https://www.ministerpraesident.sachsen.de/10-jahrig-regionalpartnerschaft-freistaat-sachsen-und-wojewodschaft-lebus-7719.html>

Veranstaltungen des Verbindungsbüros

<https://www.sk.sachsen.de/termine-und-veranstaltungen-verbindungsbuero-breslau-3771.html>

Wir sind für Sie da



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Prag

Besucheradresse

U Lužického semináře 13
118 00 PRAG 1
Tschechische Republik
www.cz.sk.sachsen.de

Ansprechpartner

Dr. David Michel
Leiter des Verbindungsbüros

Telefon: +420 23481 3161
Telefax: +420 23481 3167
David.Michel@cz.sk.sachsen.de

Veronika Křížková
Referentin

Telefon: +420 23481 3160
Telefax: +420 23481 3167
Veronika.Krizkova@cz.sk.sachsen.de

Michaela Krčmářová
Mitarbeiterin

Telefon: +420 23481 3163
Michaela.Krcmarova@cz.sk.sachsen.de



Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau

Besucheradresse

Rynek 7
50-110 Breslau
Polen
www.pl.sk.sachsen.de

Ansprechpartner

Uwe Behnisch
Leiter des Verbindungsbüros

Telefon: +48 71 337 8264
Telefax: +48 71 337 8269
Uwe.Behnisch@pl.sk.sachsen.de

Sächsische Staatskanzlei
Telefon: +49 351 564 1436
Uwe.Behnisch@sk.sachsen.de

Anna Leniart
Mitarbeiterin

Telefon: +48 7 313 1893
Telefax: +48 71 337 8269
anna.leniart@pl.sk.sachsen.de